Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung in der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. wenig und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 5gespaltene Zeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jeden Reklamationsanspruch aus. / Anzeigenannahme bis 12 Uhr vormittags. / Belegexemplare das Tausend Mk. / Für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platzvorschrift / Abschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemeinsame Anzeigen verteil. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 59 | **Freitag den 12. März 1920** | **79. Jahrg.**

Amtlicher Teil.

Die Lieferung von **Impfstoffen** aus staatlichen Mitteln zur **Bekämpfung des seuchenhaften Verkalbens** wird mit Ende März dieses Jahres eingestellt und damit die Verordnung vom 22. März 1918 (Sächsische Staatszeitung Nr. 74) außer Wirksamkeit gesetzt.

Dresden, am 6. März 1920. 293 V V.

Wirtschaftsministerium.

Wegen **Reinigung** bleiben sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungsgebäudes

Montag den 15. und Dienstag den 16. d. M. geschlossen.

Dringliche und standesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11 bis 12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 9. März 1920. 2015 **Der Stadtrat.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

An Stelle des bisherigen Vertrauensmannes, Oekonomierat **Löser** in **Oberau,** ist für die Gemeinden Niederau, Oberau mit Rittergut der Gutsbesitzer **Max Schild** in **Niederau** in Pflicht genommen worden.

Meißen, am 6. März 1920. 563 II P.

2054 **Die Amtshauptmannschaft.**

Freitag den 12. März 1920 vormittags 10 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 4 Uhr Ausgabe der neuen

Landesfettkarten und Reichsfleischmarken.

Die **Abholung** der Marken hat **unbedingt** an dem bekanntgemachten Tage zu **erfolgen** (s. Bek. vom 3. Februar 1920). Kinder erhalten **keine** Marken.

Wilsdruff, am 11. März 1920. 2056 **Der Stadtrat.**

Die Ententehilfe für Deutschland.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das soeben erschienene Wirtschaftsmanifest des Obersten Rates verspricht Deutschland weitgehende finanzielle Unterstützung.

* Das Wirtschaftsmemorandum der Entente hat den im Friedensvertrag festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigungssumme machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert.

* Nach amtlichen Mitteilungen ist der Heimtransport aus Frankreich als beendet anzusehen.

* Die für Rußland bestimmte wirtschaftliche Studienkommission wird unter Führung des früheren Staatssekretärs Dr. August Müller stehen.

* Der Vorstand der Zentrumspartei wird sich in einer Sitzung am 18. März mit dem Fall Erzberger befassen.

Obstruktion der Rechten?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Fast klang es wie Trompetengeschmetter, als in der Dienstagsitzung der Nationalversammlung die Führer der beiden Rechtsparteien, Graf Posadowsky namens der Deutschnationalen und Exzellenz Heinze namens der Deutschen Volkspartei, von der Anwendung aller parlamentarischen Mittel sprachen, zu der sie ihre Zuflucht nehmen müßten, wenn es dabei bleiben sollte, daß nach dem Willen von Regierung und Mehrheitsparteien die Neuwahlen zur Volksvertretung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben würden. Wie der alte „Posa" seine Ankündigung vorbrachte, konnte allerdings nicht gerade beängstigend wirken; er ist auch nach der Revolution der würdevolle, in der Form niemals maßlose Politiker geblieben, als welcher er sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus einen Namen gemacht hatte, er kann auch im Zorn, auch wenn er durch mehr oder weniger geschmackvolle Zwischenrufe gereizt wird, den gebildeten Weltmann nicht verleugnen, der nach außen hin seine Ruhe bewahrt und sich die Art seines Auftretens in der Öffentlichkeit niemals vom Gegner vorschreiben läßt. Schärfer ging schon der Führer der Deutschen Volkspartei ins Zeug. Dr. Heinze, der frühere Justizminister im früheren Königreich Sachsen, ist jugendlicher, feuriger als der Graf im Barte. Auch er erklärte, daß seine Freunde entschlossen seien, alle ihnen zu Gebote stehenden parlamentarischen Mittel anzuwenden, um zum Ziele zu gelangen. Dieses Ziel aber ist die durch die Verfassung vorgeschriebene Anberaumung von Wahlen zum Reichstag. Das Mandat der Nationalversammlung ist nach der Überzeugung der Rechten längst abgelaufen und es gehe nicht an, es immer wieder zu verlängern. Aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht, aber auch nicht aus politischen Gründen; denn die Nationalversammlung könne nach dem unzweifelhaften Stimmungsumschwung, der in weiten Volkskreisen vor sich gegangen sei und immer größeren Umfang anzunehmen scheine, unmöglich noch als der wahrheitsgemäße Ausdruck unseres nationalen Willens anerkannt werden. Deshalb müsse sie, gerade weil es bei uns nach demokratischen Grundsätzen zugehen soll, so rasch wie möglich vom Schauplatz abtreten.

Aber die Forderung der Rechten ist in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Die kompakte Regierungsmehrheit hält eben unbeirrt und unbeirrbar zusammen, da können auch die schönsten Reden nichts ausrichten. Was wird nun weiter geschehen? Herr Heinze hat vorsorglich hinzugefügt, daß seiner Partei jede Obstruktion fernliege, und Graf Posadowsky hat nicht minder bestimmt erklärt, daß die Rechte sich in ihrem Kampf ums Volkswohl und Vaterland selbstverständlich nur gesetzlicher Mittel bedienen werde. Aber da man doch weiß, daß die beiden Herren ebenso wie ihre Parteien sehr ernst genommen sein wollen, muß doch hinter ihrem einigermaßen geräuschvollen Auftreten etwas mehr gesucht werden als die bloße Lust an kleinen parlamentarischen Zwischenfällen, als der Versuch, durch blendende Schaumschlägereien Augenblickswirkungen zu erzielen, mit denen sich vielleicht diese oder jene hinter den Kulissen verborgen gehaltene Schwierigkeit im eigenen Lager für einige Zeit beheben läßt.

Es wird behauptet, daß die parlamentarische Führung der Rechtsparteien von den Anhängern im Lande vielfach als zu lau und zu schlapp getadelt wird; man fordere schärfste Rücksichtslosigkeit gegen das neue System wie gegen alle seine Schildhalter, wer und wo es auch sei, und treffe bereits Anstalten, um bei der Vorbereitung der Neuwahlen alle Vertreter einer gar zu gemäßigten Tonart von den Kandidatenlisten auszuschalten. Dieser Stimmung der Wählerschaft müsse offenbar jetzt mehr als bisher Rechnung getragen werden. „Alle" parlamentarischen Mittel sollen benutzt werden, um zu verhindern, daß die Nationalversammlung sich auch fernerhin noch Rechte und Aufgaben anmaße, zu denen sie nicht befugt und nicht berufen sei. Auf eine Verschärfung des parlamentarischen Kampfes müssen wir uns also für die nächsten Wochen und Monate in jedem Falle gefaßt machen: ob auch auf Obstruktion und die damit unvermeidlichen parlamentarischen Irrungen und Wirrungen, das kann wohl als Absicht der Beteiligten von vornherein verneint werden — fragt sich nur, ob der Zwang der einmal geschaffenen Verhältnisse nicht schließlich doch über die gesteckten Grenzen hinausdrängen wird. Ganz abgesehen davon, daß die eine Partei, wenn sie die Leidtragende ist, schon von Obstruktion zu sprechen liebt, wo die andere noch durchaus im Rahmen ihrer geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse zu verweilen behauptet. So kann heute noch niemand wissen, was uns bevorsteht. Nur daß wir etwa ruhigeren Zeiten entgegengingen, als wir sie durchlebt haben, das wollen wir uns weder selber einreden, noch von anderen einreden lassen.

Die Stellungnahme der Zentrumspartei.

Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts.

Das führende Zentrumsorgan, die Germania, meldet:

Der Reichsparteivorstand und der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei werden am 18. März in Berlin zu einer Sitzung zusammentreten. Wie wir hören, handelt es sich dabei um die Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen, vor allem zu den Ergebnissen im Helfferich-Prozeß.

Als Nachklang zu dem Prozeß veröffentlicht Oberstaatsanwalt Krause eine Erklärung, in der er u. a. sagt: „In der Schlußverhandlung des Helfferich-Prozesses hat der Herr Nebenkläger gegen mich den „schweren" Vorwurf erhoben, daß ich in der Thyssen-Angelegenheit einen ihm günstigen Zeugen v. Schönebeck ignoriert habe. Ich habe bereits in der Verhandlung erwidert, daß die Erwähnung des Zeugnisses Herrn v. Schönebecks unterblieben sei, weil es durch die Aussagen fünf anderer Zeugen (Exzellenz Richter, Neuhaus, Semper, Backe, v. Gemmingen) widerlegt gewesen sei. Hätte ich mich bemüht, das eine Zeugnis gegen die fünf andern auszuspielen, so wäre dies von der Seite des Angeklagten sofort als „plumper" Versuch bloßgestellt worden. Es kam aber noch etwas hinzu: Hätte ich das Zeugnis v. Schönebecks erwähnt, so hätte ich der Vollständigkeit halber hinzufügen müssen, daß dieses Zeugnis gewissen Bedenken ausgesetzt sei. Denn erstens hatte Exzellenz Richter, der frühere Vorgesetzte v. S.s, gelegentlich gesagt, ihm sei der Gedanke peinlich, daß die Thyssensche Angelegenheit von Herrn v. Schönebeck bearbeitet werde, wegen dessen naher Beziehungen zu Herrn Erzberger, zweitens war in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommen, daß Herr Erzberger für die Karriere des Herrn v. S. großes Interesse gezeigt, u. a. dessen Ernennung zum Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen durchzusetzen versucht hatte. — Um nicht diese Fakta nochmals zur Sprache zu bringen, also aus Schonung gegen Herrn v. S., wurde von der Erwähnung seines — nicht unbedenklichen — Zeugnisses abgesehen, aber, wie gesagt, auch deshalb, weil das Zeugnis durch fünf andere — völlig einwandfreie — Zeugen widerlegt war."

Das Wirtschaftsmanifest.

Ententehilfe für Deutschland.

Die Veröffentlichung der Erklärung des Obersten Rates ist nunmehr erfolgt. In der Erklärung heißt es, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Welt durch die Abnahme des Überflusses an Gütern infolge des Verbrauches während des Krieges und durch den ins Maßlose gesteigerten Notenumlauf bedingt ist. Der Oberste Rat drängt mit allem Nachdruck auf die Steigerung der Erzeugung und auf äußerste Sparsamkeit im öffentlichen und privaten Leben als die einzigen Mittel, um die Lage wiederherzustellen. Ferner müssen die auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächte ihren Entschluß aufs neue bekräftigen, bei der Wiederherstellung des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens in Europa zusammenzuarbeiten. Der Versuch, den Wechselkurs durch künstliche Regierungsmaßnahmen zu beeinflussen, würde die Gesundung nur hinausschieben. Es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, um den Zusammenbruch der Handelstransaktionen zu verhindern. Der Oberste Rat schlägt vor, die Rüstungen auf das möglich niedrigste Maß zu beschränken, das mit der nationalen Sicherheit der einzelnen Völker vereinbar ist und zu diesem Zweck den Völkerbundsrat zu Beratungen über entsprechende Vorschläge einzuladen. Jedenfalls sei es höchst wünschenswert, den endgültigen Betrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung möglichst bald festzusetzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, so müßte Deutschland die Genehmigung erhalten, eine auswärtige Anleihe aufzunehmen, und man müßte Deutschland über die sofortige Not hinweghelfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Der Heimtransport aus Frankreich** ist im großen und ganzen als beendet anzusehen. Sobald die noch in den Durchgangslagern befindlichen Heimkehrer zur Entlassung gekommen sind, wird ein Aufruf an alle Angehörigen erfolgen, um festzustellen, welche Kriegsgefangenen aus Krankheits- oder anderen Gründen noch zurückgehalten werden. Zur Abholung der noch in Port Said befindlichen 700 Heimkehrer aus Indien ist der Dampfer Empros gechartert, der am 15. d. Mts. in Alexandria eintreffen wird. Der angekündigte Transport aus Sowjet-Rußland mit 563 Heimkehrern ist in Heilsberg eingetroffen.

✦ **Zur Verschiebung der Reichstagswahlen** auf den Herbst schreibt die Vossische Zeitung: „Der Gedanke, diesen Zustand bis zum Spätherbst hinzuschleppen, mag dem augenblicklichen Bedürfnis, dem „Gesetz der Trägheit", entsprechen, aber er widerspricht allen Anforderungen einer weitblickenden Staatskunst und gibt dem Verdacht Nahrung, daß auch weiterhin das Bestreben sich zeigen werde, den Wahltermin zu verschieben und die Nationalversammlung zu einem „langen Parlament" zu machen. Eine Bemerkung des Berliner Tageblatts, das bezweifelt, daß bis zum Herbst das Arbeitspensum, das kaum zu kürzen sei, erledigt werden könne, wird diesen Verdacht noch bestärken. Wie steht es übrigens mit dem Termin für die Reichspräsidentenwahl, für deren Verzögerung überhaupt keine sachlichen Gründe geltend gemacht werden können?"

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF